

Deutsche Antwortnoten.

Die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens in entscheidenden Punkten verlassen.

Nach einer genauen Durchsicht und Prüfung der Friedensbedingungen geht die Auffassung sämtlicher Mitglieder der deutschen Friedensdelegation dahin, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar ist. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brodorski-Rangan, hat nach längerem Gedankenaustausch mit der Reichsregierung, die am Freitag unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem preussischen Kabinett zusammengetreten war, folgende Note an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in entscheidenden Punkten die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen ist; sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausdrücklich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gegebene Zusage auf diese Weise illusorisch gemacht wird. Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zugehen lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

(gezeichnet) Brodorski-Rangan.

Die Alliierten rechnen bereits, wie die französische Havas-Agentur meldet, mit detaillierten deutschen Vorschlägen und einem völligen Gegenprojekt. Wahrscheinlich werden sie kompetenten Kommissionen die Aufgabe anvertrauen, die Vorschläge finanzieller, wirtschaftlicher usw. Natur zu prüfen. Die Prüfung wird mindestens acht Tage erfordern. Hierauf werden die Alliierten den Deutschen die Modifikationen bekanntgeben, welche, wenn solches geschieht, am ursprünglichen Vertragsentwurf angebracht werden. Hierauf wird den Deutschen eine ziemlich kurze Frist, voraussichtlich vier bis fünf Tage, zugestanden, um ihre endgültige Zustimmung zum Gesamtfriedensvertrag zu geben. Man muß also damit rechnen, daß 25 bis 30 Tage bis zur Unterzeichnung des Friedens vergehen werden.

Wann Deutschland nicht unterschreibt.

In der Umgebung der englischen und amerikanischen Friedensbevollmächtigten erklärte man, daß im Falle der Weigerung Deutschlands, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, die jüngst vorbereiteten militärischen Maßnahmen unverzüglich durchgeführt würden. Wenn die Deutschen unterzeichnen, aber ihren Verpflichtungen nicht nachkämen, so würde man auf dem Punkt stehenbleiben, auf dem man sich befindet. — Die feindliche Presse spricht bereits von einem Auswanderungsverbot gegen deutsche Staatsangehörige, damit sich niemand in Deutschland den Verpflichtungen gegen den Verband entziehen könne. Die Besprechung zwischen Regierung und den Parteiführern.

Die Parteiführer wurden noch nicht von dem Ministerpräsidenten Scheidemann empfangen, auch haben sie bis jetzt eine Einladung noch nicht erhalten. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß diese Besprechungen erst Montag früh, also kurz vor Beginn der Sitzung der Nationalversammlung, stattfinden. Die Fraktionen der Nationalversammlung traten am Sonnabend zu Sitzungen zusammen, um endgültig zu den Friedensvorschlägen des Biederverbandes Stellung zu nehmen. Auch die Fraktionen der Mehrheitssozialdemokraten, der deutschen Demokraten und des Zentrums der Preussischen Landesversammlung nahmen noch einmal Stellung zu den Bedingungen unserer Feinde.

Die deutsche Antwort auf den Völkerbundsentwurf. Gleichzeitig mit obenstehender Note hat Graf Brodorski-Rangan eine zweite Note an Clemenceau gerichtet, in der die deutsche Delegation ihre Stellung zu dem Völkerbundsentwurf der Entente darlegt. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation bezieht sich, zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie anbei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zum Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Bestandteil des uns überreichten Vertragsentwurfes unterzeichnen soll, sich aber nicht unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

(gezeichnet) Brodorski-Rangan.

Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der schwierigste in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerbundesvertrages. — Die Entente hat in ihrem Entwurf den Völkerbund zu einer einseitigen Interessengemeinschaft der Alliierten gestaltet.

Der erste Abschnitt des feindlichen Vertragsentwurfes umfaßt die Normen über den Völkerbund entsprechend dem Statut vom 14. Februar, und dessen späteren geringfügigen Änderungen. Die deutsche Delegation ist nur folgendes wichtig: Das Statut sieht zwei Gruppen von Mitgliedern des Völkerbundes vor, die ihm von Anfang an angehören sollen.

Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Staaten, die gegen uns gekämpft und die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben. Alle diese Staaten sind von selbst Mitglieder des Völkerbundes. Die zweite Gruppe umfaßt Neutrale aus dem gegenwärtigen Kriege, namentlich die Nordstaaten, Holland und die Schweiz. Diese Staaten sind eingeladen, sich binnen zwei Monaten durch vorbehaltlose Erklärung dem Völkerbund anzuschließen. Wichtig ist also die Tatsache, daß das Deutsche Reich einseitig in die Organisation nicht einbezogen werden soll.

Der Entwürfsentwurf im Reich.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Seit Bekanntwerden der feindlichen Friedensbedingungen gehen beim Reichspräsidenten und beim Reichsministerpräsidenten zahlreiche Telegramme aus allen Teilen Deutschlands ein, die den entschiedensten Protest gegen die uns zugeworfenen Vergewaltigungen enthalten. Alle bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Reichsregierung keinen Frieden annehmen werde, der den nun vorliegenden Bedingungen irgendwie entspräche. Der Reichspräsident und die Reichsregierung sind außerstande, auch nur einen Teil dieser Kundgebungen zu beantworten. Keine wird ungehört verhallen, der Reichsregierung sind sie eine willkommene Stärkung für ihre mit allen Kräften geförderten Bemühungen, vom Gewaltfrieden bis zum Verhandlungsfrieden zu gelangen. — An sämtliche Bundesstaaten ist der Ruf ergangen, nach Berlin zu kommen, um Stellung zu nehmen zu diesem Friedensvertrag, der Deutschland aufgezungen werden sollte. — Soweit Stimmen aus Baden und Württemberg vorliegen, weisen sie die Friedensbedingungen einmütig und entrüstet zurück. — Bei einer Fortsetzung der Verhandlungen in Paris fordert die Provinz Ostpreußen unter allen Umständen die Beteiligung von Vertretern Ostpreußens als eines der am schwersten bedrohten Teile des Reiches. Schlesien und Westpreußen protestieren stürmisch gegen eine Unterzeichnung des feindlichen Friedensvertrages, der Millionen Deutscher den Polen ausliefern würde.

Der Magistrat von Berlin hat Hand in Hand mit den deutschen Soldaten und im Namen einer werktätigen Bevölkerung von Millionen, die oft genug beklundet hat, wie sehr sie den Wunsch hegt, in Zusammenarbeit mit den anderen Nationen die Werte der Kultur und des Friedens zu fördern, der Reichsregierung seine tiefe Erschütterung über das Friedensangebot zum Ausdruck gebracht.

Die Kabinettsberatungen in Berlin.

Das Reichsministerium trat am Sonnabend abends zu einer Sitzung zusammen. Auch in dieser Sitzung führte Reichspräsident Ebert den Vorsitz. Gegenstand der Beratung sind fortgesetzt die Gegenwortsätze der deutschen Delegation an die Entente. Diese Gegenwortsätze werden gemeinsam in Berlin und Versailles ausgearbeitet; zwischen der Delegation und der Reichsregierung findet ein unausgesetzter funkentelegraphischer Meinungsaustausch über Art und Inhalt der Vorschläge statt.

Au die Sozialisten aller Länder!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Kundgebung, die die Proletarier aller Länder aufruft, ihre Kraft zu vereinen, um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der die sozialistische Bewegung in allen Ländern auf das schwerste schädigen würde. Die sozialistische „Humanität“ erklärt, der Friede sei in Wahrheit ein Gewaltfriede, nicht ein Völkerfriede, sondern der Friede dreier Männer: Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Das Blatt sagt: Der Krieg wurde von drei Kaisern angefangen und wurde von drei Autokraten beendet. Nur eine internationale Organisation der Arbeiter könne einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

Die Stimmung in Paris.

Durch Paris bewegte sich am Freitag ein Zug von vielen Hunderttausend Arbeitern, die dem am 1. Mai erschossenen Charles Lorne ein ungeheures Grabgeleite gaben, „dem Opfer der Politik Clemenceaus“, wie Marcel Cachin in einem stammenden Leitartikel der „Humanité“ sagt. „Wir werden nicht vergessen und wir können nicht vergessen.“ Der „Populaire“ enthält drei äußerst scharfe Artikel gegen den Friedensentwurf. Im ersten Artikel erklärt Longuet, der Entwurf sei die Verneinung eines gerechten Dauerfriedens. Es sei ein Gewaltfriede, für deren möglichst baldige Beseitigung sich das Proletariat Europas unerschütterlich einsetzen werde.

Ankunft der österreichischen Quartiermacher.

Die Quartiermacher der österreichischen und der ungarischen Friedensdelegation trafen am Sonntag in St. Germain ein. Oesterreich und Ungarn werden getrennt untergebracht, so daß sie keinerlei Verkehr miteinander haben können. Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ erwarten die deutschen Delegierten, bei der Konferenz zwischen den Alliierten und Oesterreich gegenwärtig zu sein. — Die türkischen Friedensdelegierten werden am Montag in Paris erwartet.

China protestiert gegen die Regelung der Schantung-Frage.

China hat seine Delegierten in Paris beauftragt, einen Frieden, der Japan die deutschen Rechte in China zugesteht, nicht zu unterschreiben.

Beratungen des Biererrats in Paris.

Der Rat der Bier, der durch die Rückkehr Dänemarks wieder vollständig ist, hat am Donnerstag nachmittag eine Sitzung abgehalten, in der der Status des alten Oesterreich verhandelt wurde. Ebenso wurde über die zukünftigen Grenzen Oesterreichs, Ungarns sowie der neuen Staaten und über die Frage der Adriatische beraten. Die Außenminister der fünf Großmächte haben die Rapporte der verschiedenen Ausschüsse untersucht und genehmigt, worin die Grenzen festgelegt wurden von Ungarn, Tschecho-Slowaken, Serbien, Rumänien und Polen.

Ein zweiter polnischer Auszug zum Meer.

Wie die „Köln. Rundschau“ erzählt, stand die

Reichsregierung bei der Durchsicht der Friedensbedingungen hier zunächst auf dem Standpunkte, daß die Abtretung des nördlichen Teiles von Ostpreußen an die Entente so anzufassen wäre, als ob dieses Gebiet von der Entente für den künftigen litauischen Staat beansprucht werde. Diese Auffassung bekräftigt sich nicht. Nach neuesten Berichten aus Romno ist die vor einiger Zeit von der Presse veröffentlichte Nachricht, daß das gesamte litauische Gebiet mit Romno an Polen fallen soll, zutreffend. Ein souveräner litauischer Staat soll in dem Programm der Entente überhaupt nicht vorgesehen sein. Es liegt nahe, daran zu glauben, daß bei der gegenwärtigen Lage auch das Gebiet nördlich der Memel an Polen fallen soll, und daß hier Polen unter englischer Seefrontrolle einen weiteren Auszug zum Meer erhält. Auch daraus geht schon hervor, daß die geforderte Abtretung des Gebietes nördlich der Memel eine brutale Annexion darstellt, die mit Nationalitätsfragen und Selbstbestimmungsrecht nicht das Geringste zu tun hat.

Abreise Landsbergs und Giesberts.

Eine Antwort auf die deutschen Noten war am Sonnabend mittag noch nicht eingetroffen. Man erwartet nicht, daß der Ton dieser Antwort sehr entgegenkommend sein wird, ja, man ist sogar auf eine glatte Ablehnung gefaßt. Die Reichsminister Landsberg und Giesberts reisen am Montag mit einem Teile der Delegation ab. — Als Kolonialfachverständige wurden von der Reichsregierung der Hamburger Senator Strandes und der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Neu-Guinea Haber nach Versailles berufen.

Die Friedensbedingungen vor der Nationalversammlung.

Die Tagesordnung für die 40. Sitzung der verfassunggebenden Nationalversammlung, die am Montag, 12. Mai, in Berlin in der Aula der Universität am Kaiser Franz-Joseph-Platz stattfindet, enthält nur einen Punkt: Entgegennahme einer Erklärung über die Friedensbedingungen.

Keine Verhandlungen über die Grenzen!

Ueber die wirtschaftlichen Fragen werden, wie die „Times“ melden, die Alliierten mit Deutschland in schriftliche Verhandlungen eingehen, nicht aber wegen Befestigung der Grenzen. Die Verpflichtungen bezüglich der letzteren liegen fest und sind nicht mehr zu ändern. — Der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, erklärte, er glaube nicht, daß die Alliierten von ihren nach reiflicher Erwägung gefaßten Beschlüssen wesentliche Abweichungen zugestehen würden.

Die türkische Regierung räumt Konstantinobel.

In Erwartung des Verlustes Konstantinobels durch den Friedensschluß hat die Ueberlieferung der türkischen Regierung nach Brussa zu Klein-Asien begonnen.

Die Versailler Verhandlungen.

Weitere deutsche Noten.

Aus Versailles wird berichtet: Graf Brodorski-Rangan antwortete auf die Frage, ob irgend etwas seitens des Verbandes auf die deutschen Noten hin erfolgt sei, verneinend. Er teilte dann mit, daß noch am Sonnabend weitere Noten überreicht würden, so eine Note über das internationale Arbeitsrecht.

Ein weiteres Telegramm berichtet:

Am Sonnabend überreichte die deutsche Delegation in einer Note an die alliierten Regierungen den deutschen Entwurf für eine internationale Arbeitsgesetzgebung. Sie schlägt vor, noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Arbeitergewerkschaften aller Länder, die den Friedensvertrag unterschreiben werden, nach Versailles zu berufen.

Gewerkschaftler nach Versailles berufen.

Um den Arbeitern die Mitwirkung an der Gestaltung über die Bestimmungen des internationalen Arbeitsrechts zu sichern, hält die deutsche Delegation es für notwendig, zur Beratung und Beschlussfassung Vertreter der Landesorganisationen und der Gewerkschaften zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen.

Die deutsche Delegation hält es für zweckmäßig, den Verhandlungen dieser Konferenz die Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Brüssel vom 5. Februar 1919; Programm zur internationalen Arbeitergesetzgebung an die Friedenskonferenz in Paris zugrunde zu legen. Im Auftrag der Gewerkschaften Deutschlands ist ein Abzug der Beschlüsse beigelegt, die angenommen worden sind von Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Griechenlands, Kanadas, Norwegens, Oesterreichs, Schwedens, der Schweiz, Ungarns und Spaniens. — Wegen ist von Versailles abgereist.

Der Gegenwortsatz.

Die in Versailles gebildeten fünf Kommissionen sind eifrig bei der Arbeit. Weiter der Kommissionen sind: Gesandter v. Haniel für die politisch-militärischen Angelegenheiten, v. Stockmann für Wirtschaftliches, Melchior für Finanzen, Keinert für Soziales, Ministerdirektor Simons für Rechtspolitisches. Die Beratungen sind sehr schwierig, da namentlich über die Fragen wirtschaftlicher Natur mit den im Friedensvertrage niedergelegten Anschauungen der Franzosen schwer zu rechten ist. Es hat sich ergeben, daß für die Antwort eine sichere Richtlinie festzuhalten ist, und es besteht die Hoffnung, daß der deutsche Gegenwortsatz in den Augen der Welt kein bedeutungsloses Blatt Papier sein wird. Ueber die Wirkung auf den Rat der Alliierten soll man sich aber keinen Illusionen hingeben. Auch der stärker und erbitterter werdende Ton der sozialistischen Presse Frankreichs wird auf Clemenceau wenig Eindruck machen. Proteste und Demonstrationen werden Clemenceau auf seinem Nachzug gegen Deutschland nicht aufhalten.

Einige Mitglieder der Friedensdelegation sind nach Berlin abgereist.

Graf Brodorski-Rangan und Deutsch-Oesterreich.

Es werden verschiedene Gerüchte verbreitet, Graf Brodorski-Rangan wolle versuchen, mit der deutsch-oesterreichischen Frage ein Schachspiel zu treiben. Döllinger wird dazu erklärt: Graf Brodorski-Rangan hält an seinen Grundsätzen fest, die er seinerzeit mit Staats-